

Letzter Ausweg

Gastkommentar zum Gesundheitsfonds

In kleiner Runde, wenn die Aufnahmegeräte ausgeschaltet sind, ist es mit der Diplomatie plötzlich vorbei: Eine „Missgeburt“ sei der Gesundheitsfonds, ein „Bürokratiemonster“ und gerade für Bayern ein „Riesenproblem“, wettern führende CSU-Politiker. Im Scheinwerferlicht der Kameras scheuen die Politprofis dagegen das offene Wort. Da wird die offizielle Sprachregelung bemüht: Der Fonds kommt und zwar pünktlich zum 1. Januar 2009. Auch wenn seit dem schlechten Abschneiden bei der Kommunalwahl die Kritik in der CSU an der Reform wächst – um das drohende Desaster noch zu verhindern, muss die Parteispitze jetzt lautstark protestieren. Vereinzelter Widerstand in den Hinterzimmern reicht nicht.

Schon der Zeitplan ist für Bayerns Staatsregierung eine Katastrophe. Knapp vor der Landtagswahl im September soll der neue bundesweit einheitliche Kassenbeitrag verkündet werden. Erste Schätzungen liegen bei 15 bis 15,5 Prozent. Auch wenn Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) die Zahlen vehement dementiert – eines steht fest: Die gesetzlich Versicherten werden künftig deutlich stärker zur Kasse gebeten. Entsprechende Negativschlagzeilen kann die CSU im Wahlkampf allerdings nicht gebrauchen. Auch ohne die Gesundheitsreform muss die Partei mit Stimmverlusten rechnen.

Der Fonds ist eine gewaltige Umverteilungsmaschine – zulasten Bayerns. Während sich die Ärzte etwa in Mecklenburg-Vorpommern schon über steigende Honorare freuen dürfen, wird es Bayerns Mediziner besonders hart treffen. Schuld ist der neue bundeseinheitliche Orientierungspunkt. Allein dadurch gehen den niedergelassenen Ärzten im Freistaat nach einer Studie der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) jedes Jahr rund 350 Millionen Euro an Honorar verloren. Viele Praxen kämpfen schon heute ums Überleben. Weitere Kürzungen bei der Vergütung werden sie nicht verkraften – die flächendeckende Versorgung ist damit ernsthaft in Gefahr.



Foto: Marcus Schläp

Steffen Habit ist als Redakteur beim Münchner Merkur zuständig für Sozialpolitik.

Je näher der Fonds rückt, umso mehr Absurditäten kommen ans Licht. Ein Beispiel: Krankenkassen, die mit dem neuen Beitragssatz nicht auskommen, dürfen einen Zusatzbeitrag erheben. Dazu müssen Millionen von Versichertenkonten neu eingerichtet werden. Rund 1,2 Milliarden Euro wird die Erhebung des Zusatzbeitrages jedes Jahr verschlingen, warnt der Ersatzkassenverband VdAK. Oder anders gerechnet: Zwei Euro Zusatzbeitrag sind allein dafür nötig, um den Zusatzbeitrag abzuwickeln. Statt neue Bürokratie zu finanzieren, müssen die Versichertengelder in die Behandlung fließen.

Ist der Gesundheitsfonds noch zu stoppen? Nein, sagen selbst überzeugte Kritiker hinter vorgehaltener Hand. Allzu sehr haben Kanzlerin Angela Merkel und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt ihr politisches Schicksal mit der Reform verknüpft. Dabei gibt es einen Ausweg, bei dem beide ihr Gesicht wahren könnten: Der Fonds wird zunächst auf Probe eingeführt. Die 2009 neu gewählte Bundesregierung kann das missglückte Ungetüm dann still und heimlich beerdigen. Keine billige Lösung – im Vergleich zum Milliarden-Desaster des Fonds aber sicher das kleinere Übel.

Steffen Habit

Gastkommentare entsprechen nicht immer der Ansicht der Herausgeber.